

# Schweden

Rutger Lindahl<sup>1</sup>

Die vom Europäischen Rat im Juni 2005 beschlossene ‚Denkpause‘ über die Zukunft der Europäischen Verfassung verdrängte dieses Thema – entgegen den Erwartungen vieler Schweden – jedoch nicht von der politischen Agenda. Die vorangegangene Entscheidung des Parlaments, kein Referendum abzuhalten, hatte vorher EU-kritische Parteien und Organisationen dazu bewogen, für eine Volksabstimmung zu werben. Eines der Hauptargumente lautete, dass eine Parlamentsentscheidung ein Zeichen dafür wäre, wieweit die politischen Eliten ihre Tuchfühlung mit der Bevölkerungsmeinung bereits verloren hätten. Und dies wäre das ohnehin schon vorhandene Demokratiedefizit der EU weiter vergrößern. Laut eines Urteils des schwedischen Gerichtshofs kann der Verfassungsvertrag jedoch vom Parlament ohne Grundgesetzänderung ratifiziert werden. Dieses Urteil wurde von der Regierung wie der überwältigenden Mehrheit im Parlament als Bestätigung der eigenen Haltung betrachtet – doch die politische Debatte dauerte an.

Um die öffentliche Debatte über europäische Themen allgemein und später mit besonderem Augenmerk auf den vorgelegten Verfassungsvertrag zu fördern, war 2001 ein Parlamentsausschuss eingerichtet worden. Der Ausschuss hat zahlreiche Berichte vorgelegt. Die ersten drei Jahre seiner Arbeit wurden 2004 in einem Bericht dokumentiert, der den provokanten Titel trägt: „Schluss mit dem Desinteresse an der EU“. Im Januar 2006 erhielt der Ausschuss einen neuen Namen: „Ausschuss für eine Debatte über die EU“. Zeitgleich wurden eine Reihe neuer Aktivitäten initiiert, um der Öffentlichkeit aktuelle EU-Themen über das Internet, Debatten, Seminare und die Ausschreibung von Fördermitteln für Organisationen, die sich am Informations- und Meinungsbildungsprozess beteiligen möchten, nahe zu bringen. In einem im Juni 2006 veröffentlichten Bericht wurden die letzten 12 Monate als eine Zeit charakterisiert, in der die Debatten über EU-Themen relativ lebendig gewesen seien. An dieser Debatte hatte sich jedoch nur eine kleine, oft eher elitär dominierte Minderheit der Bürger beteiligt. Der Blick in eine Reihe von Tageszeitungen zeigt, dass in den letzten zwölf Monaten deutlich weniger Artikel zu EU-Themen publiziert worden waren als im gleichen Zeitraum zuvor. Deutlich zeigt sich ebenfalls, dass die Medien nur zu einem geringen Teil die Themen in den Blick nahmen, denen die Öffentlichkeit ihr vorrangiges Interesse entgegenbrachte. Die Medien, wie auch die Politiker und Organisationen, geben institutionellen Themen und grundsätzlichen Fragen der Demokratie und Repräsentation einen weit größeren Raum als es dem Interesse der Bürger entspricht, die viel eher an konkreten Problemen wie der Gemeinsamen Agrarpolitik, dem Kampf gegen das organisierte Verbrechen und der Asyl- und Flüchtlingspolitik interessiert sind.

In den Zeitungen wie in der Mehrzahl der durchaus gut besuchten Seminare und öffentlichen Debatten haben die konstitutionellen Themen und grundsätzlichen Überlegungen zweifellos dominiert. Solange aber die EU in der täglichen Debatte der politischen Parteien

---

<sup>1</sup> Übersetzt aus dem Englischen von Mariano Barbato.

nicht kontinuierlich präsent ist, wird sich keine grundsätzliche Änderung im öffentlichen Interesse an europäischen Themen ergeben.

Eine hervorragende Gelegenheit, die gegenwärtige Situation zu verbessern, böten die kommenden Parlamentswahlen im Herbst 2006. Umfragen von 2005 zeigten ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen der sozialdemokratischen Regierung und ihren beiden „Unterstützern“, der Linkspartei und den Grünen, auf der einen Seite und der „Allianz“ auf der anderen. Die Allianz setzt sich zusammen aus der Moderaten Sammlungspartei, der Liberalen Partei, der Zentrumspariei und den Christdemokraten. Interessant wird sein, welche Strategie die Parteien bzw. Lager in EU-Fragen einnehmen. Obwohl die Allianz aus Parteien der rechten Mitte gelegentlich EU-Themen betont und die Regierung für ein zu geringes Profil in europäischen Fragen kritisiert, scheint es doch so, dass keine der Parteien gewillt ist, Europafragen einen größeren Stellenwert einzuräumen. Die Sozialdemokratische Partei muss darüber hinaus berücksichtigen, dass ihre offizielle Politik EU-freundlich ist, die Linkspartei und die Grüne Partei, von deren Unterstützung die sozialdemokratische Minderheitsregierung abhängt, jedoch ausgesprochene Gegner der schwedischen EU-Mitgliedschaft sind. Ein anderes Faktum, das alle Parteien betrifft, ist die Spaltung der jeweiligen Anhängerschaft in europäischen Fragen. In allen Parteien unterstützt eine nicht unerhebliche Minderheit nicht den offiziellen Kurs der eigenen Partei. So gibt es kaum Anhaltspunkte, die dafür sprechen, dass europäische Themen eine zentrale Rolle im Wahlkampf spielen werden. Dies wird zur Folge haben, dass dem Wähler wieder keine Gelegenheit eingeräumt wird, die schwedische Mitgliedschaft in der EU vor dem Hintergrund der konkreten schwedischen Politik zu bewerten, genauso wie bei den beiden vorangegangenen Wahlen seit dem Beitritt Schwedens zur EU.

Immer mehr Schweden, mittlerweile sogar doppelt so viele wie 1995, können keine eindeutige Antwort auf die Frage geben, ob die EU-Mitgliedschaft nun positiv oder negativ zu bewerten ist. Dies kann als Resultat der eher marginalen EU-Debatte betrachtet werden. Auch bemerkenswert ist weniger vehemente Ablehnung der EU-Mitgliedschaft unter den Anhängern der Linkspartei und der Grünen Partei. Dieser Prozess lässt sich besonders bei den Grünen nachweisen. Während des letzten Parteitags wurde die Führung jedoch von den Delegierten gezwungen, die Partei wiederum auf die Linie des Austritts festzulegen. Für die Parteiführung ist dies problematisch, da sie gleichzeitig ein Mandat erhielt, sich auf Verhandlungen zur Bildung einer möglichen Koalition mit der Sozialdemokratischen Partei vorzubereiten. Im Fall des Falles werden wir Augenzeugen eines Härte-tests werden, bei dem der Stellenwert der Europapolitik in der schwedischen Parteipolitik auf dem Prüfstand steht.

Die Abschwächung des Widerstands gegen die EU unter den Sympathisanten der Grünen und der Linkspartei hat nicht zu mehr Unterstützung für eine schwedische Mitgliedschaft in der EU geführt. Stattdessen hat die Unterstützung insgesamt sogar geringer geworden. Der Hauptgrund dafür ist der wachsende Anteil an Euro-Skeptikern unter den Anhängern der Moderaten Sammlungspartei und der Liberalen Partei, deren offizielle Linie ausgesprochen pro-europäisch ist. Diese Entwicklung hat sich in den letzten Jahren, vor allem seit dem Referendum über die Währungsunion im Herbst 2003 vollzogen und macht es für die politischen Parteien noch schwieriger, das Meinungsbild ihrer Klientel ausgewogen zu vertreten.

## **Bringt die EU-Mitgliedschaft mehr Vor- oder mehr Nachteile?**

Auch wenn die grundsätzliche Frage über Fortsetzung der Mitgliedschaft oder Austritt aus der EU in manchen politischen Kreisen immer noch diskutiert wird, scheint sich die große Mehrheit der Schweden doch auf die konkreten Folgen der EU-Mitgliedschaft für die schwedische Gesellschaft zu konzentrieren. Überraschend viele Schweden sind in der Lage, die unterschiedlichen Politikbereiche zu unterscheiden, in denen sich der Einfluss der EU auf die schwedische Innenpolitik auswirkt, und dementsprechend ihre Meinung über die EU zu differenzieren. In der Mehrzahl der Fälle liegen die Urteile der Befürworter und Gegner der EU-Mitgliedschaft diametral auseinander, doch in überraschend vielen Fällen weichen die Urteile vom grundsätzlichen Muster ab. Unter den Befürwortern der schwedischen EU-Mitgliedschaft besteht eine Tendenz, den Einfluss der EU-Mitgliedschaft etwa auf den Arbeitsmarkt und die Agrarpolitik negativ einzuschätzen. Unter den Gegnern der EU zeigt sich der Trend, relativ positive Bewertungen über den Einfluss der EU auf die Hochschulen sowie Forschung und Entwicklung und auch auf die Wettbewerbsfähigkeit der schwedischen Industrie abzugeben.

Insgesamt lässt sich doch Unzufriedenheit in der schwedischen öffentlichen Meinung über die Ergebnisse der nunmehr zehnjährigen EU-Mitgliedschaft feststellen. Dennoch unterstützt eine Mehrheit der Schweden den Verbleib in der EU, nicht so sehr wegen der materiellen Vorteile, als vielmehr wegen der stabilisierenden Rolle der EU und ihrer Aufgabe als Förderer von demokratischen Werten und sozialer Wohlfahrt.

Einer der Gründe für diese starke Unterstützung von den Anhängern der EU wie durch einen nicht unbeträchtlichen Anteil ihrer Gegner ist der Erweiterungsprozess. Die letzte Erweiterung um zehn neue Mitglieder wurde sehr begrüßt, wobei die Erweiterung um die Ostseeanrainer den Schweden besonders am Herzen lag. Die gegenwärtige Debatte um die Aufnahmefähigkeit der EU findet keinen Widerhall in der schwedischen Diskussion. Die offizielle Linie hinsichtlich der Fortsetzung des Erweiterungsprozesses hält sich an die beschlossenen Pläne für den Beitritt der Türkei und einiger Balkanländer. Es sollen auch keine neuen Kriterien eingeführt werden. Diese Position wird vom Parlament überwiegend unterstützt. Die Unterstützung der Öffentlichkeit hat jedoch deutlich abgenommen. Dafür dürfte es zwei Gründe geben. Einer der Gründe wird wohl an der Debatte liegen, die die Ergebnisse der Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden ausgelöst haben. Der andere Grund könnte in der innenpolitischen Debatte wurzeln, die durch einen Arbeitskonflikt ausgelöst wurde.

Der Ursprung dieses Streits lag in einer Gemeinde vor den Toren Stockholms, in der eine lettische Firma den Auftrag für ein Bauprojekt erhalten hatte. Die schwedische Bauergewerkschaft fand heraus, dass die lettischen Arbeiter nach lettischen Tarifen bezahlt wurden. Als die lettische Firma sich weigerte, den schwedischen Tarifvertrag zu unterschreiben, verhängte die Gewerkschaft einen Boykott gegen die Baustelle. Diese Aktion wurde von der schwedischen Regierung unterstützt, während die lettische Firma Unterstützung von der Regierung Lettlands erhielt.

Die politische Debatte, die dem Vorfall folgte, berührte mehrere sensible Bereiche, darunter die Angst vor einer hohen Zahl von Arbeitsmigranten – was als Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit der schwedischen Arbeiterschaft gesehen wird –, die Sorge um den Wohlfahrtsstaat und den Einfluss der Gewerkschaften sowie um den tariflich regulierten Arbeitsmarkt. Der schwedische Ministerpräsident Göran Persson verwandte den Ausdruck „Sozialtourismus“, um ein mögliches Risiko eines offenen Arbeitsmarkts zu illustrieren.

Gleichzeitig wurde jedoch die schwedische Position beibehalten, keine Beschränkungen bei der Freizügigkeit von Arbeitskräften einzuführen. Die Erfahrungen der letzten zwei Jahre zeigen schließlich, dass es keine Anzeichen für den gefürchteten Sozialtourismus gibt und dass die überwiegende Mehrheit der knapp zehntausend Arbeitsmigranten ganz normal angestellt ist. Die schwedische Position bei der Dienstleistungsfreiheit wird von einer Reihe europäischer Regierungen unterstützt, wie auch von den Gewerkschaften auf europäischer wie nationaler Ebene.

Die Dienstleistungsrichtlinie in ihrer ursprünglichen Fassung provozierte heftige Kritik von Seiten der schwedischen Regierung und der Gewerkschaften. Sie sahen ein erhöhtes Risiko des Lohn- und Sozialdumpings, das aus einem mangelnden Respekt vor der gewachsenen Struktur der Tarifverträge herrühren würde. Die Sorge vor „kapitalistischer Ausbeutung“ im Sozial- und Gesundheitssektor wurde ebenfalls laut. Bei den meisten dieser Punkte wurden die Regierung und die Gewerkschaften von den Mitte-Rechts-Parteien und den Arbeitgeberverbänden kritisiert. Sie argumentierten, dass die Haltung der Regierung nicht im Interesse Schwedens und seiner Bürger wären und sie das Wachstum im Dienstleistungssektor genauso beeinträchtigen würden wie das Wirtschaftswachstum. Die modifizierte Richtlinie wird von der Regierung wie den Gewerkschaften akzeptiert. Die Regierung hat dabei ihren Willen bekundet, sich für die Errichtung eines offenen und integrierten Arbeitsmarkts für Dienstleistungen einzusetzen, der die nationalen Traditionen auf den Arbeitsmärkten respektiert. Das Thema wurde auch in einer frühen Phase des Wahlkampfes mit dem Ziel hoch gekocht, die Mitte-Rechts-Parteien als diejenigen vorzuführen, die die kollektiven Tarifverträge abschaffen und den Sozial- und Gesundheitssektor dem freien Wettbewerb öffnen möchten. Es ist jedoch viel zu früh, um abschätzen zu können, welche Auswirkung diese Argumentation auf den Wahlausgang haben wird.

An der Spitze der Debatte steht die Zukunft des staatlichen Monopolsystems. Dabei lassen sich zahlreiche Fälle anführen, die zeigen, wie stark das System bereits unter dem Druck des freien Markts steht. Der private Import von Bier, Wein und Spirituosen ist gestiegen und stellt das staatliche Verkaufsmonopol in Frage. Mit dem Monopol auf den Verkauf von Arzneimitteln und bei Lotterien beschäftigt sich gegenwärtig der Europäische Gerichtshof.

### **Die Verabschiedung des EU-Haushalts und der Lissabon-Prozess**

Die schon lange von der schwedischen Regierung geübte Grundsatzkritik an den gegenwärtigen Strukturen und Kosten der Gemeinsamen Agrarpolitik führte – unterstützt von der parlamentarischen Opposition – zu einer Ablehnung des 2005 vorgelegten Haushaltsentwurf der EU. Zu viel Geld würde für eine überholte Agrarpolitik ausgegeben und zu wenig Mittel kämen der Ankurbelung des Wirtschaftswachstums zugute. Als im Dezember 2005 ein Kompromiss erreicht wurde, hielten ihn die Schweden zwar für akzeptabel, aber nicht für gut.

Die Schweden stehen der schwedischen Nettozahlerposition sehr kritisch gegenüber. Dies ist eine der größten Hürden, die genommen werden müssen, um die Schweden zu einer positiveren Bewertung der EU-Mitgliedschaft zu veranlassen.

Der Streit um die Finanzielle Vorausschau wird als Zeichen für eine tief sitzende Krise der EU gewertet. Viele der in den Massenmedien veröffentlichten Kommentare kritisierten die Haltung mancher Mitgliedstaaten als zu altmodisch und zu rigide. Die mangelnde

Bereitschaft zu einer Haushaltsreform wird als Hindernis für die zukünftige Entwicklung der EU und als dem Lissabon-Prozess diametral entgegengesetzt angesehen.

Der schwedische „nationale Aktionsplan“ innerhalb des Lissabon-Prozesses enthält das Versprechen, sowohl die öffentliche Verschuldung auf einem vernünftigen Niveau als auch die Inflation niedrig zu halten. Der Plan fußt auf drei Säulen – Wirtschaft, Umwelt, Soziales – und strebt nachhaltiges Wachstum in allen drei Bereichen an. Schweden akzeptiert nicht, dass wirtschaftlichen Themen Priorität vor Fragen des Sozialen und des Umweltschutzes eingeräumt werden müsse. Alle drei Bereiche werden als gleichermaßen wichtig und sich gegenseitig ergänzend erachtet. Schweden hat bereits das Beschäftigungsziel der EU von 70% erreicht. Angestrebt werden nun 80%. Die Arbeitslosenrate soll 4% nicht überschreiten. Der Haushaltsüberschuss soll jährlich 2% betragen und die Staatsverschuldung bis 2020 um 50% abgebaut werden. Es gibt Pläne zur Reform des Steuersystems und für Investitionen in den Industrie- und Dienstleistungsbranchen – besonders für Maßnahmen, die als umweltfreundlich gelten. Die Opposition steht dem Plan der Regierung grundsätzlich positiv gegenüber, fordert aber in vielen Politikbereichen weiter reichende Ziele.

In der öffentlichen Debatte erfährt der Lissabon-Prozess sowohl Unterstützung wie Kritik. Zustimmung erhält vor allem die Absicht, das Wirtschaftsleben zu integrieren und daraus Synergieeffekte zu erzielen. Die Kritik konzentriert sich auf die mangelnde Bereitschaft, den Stabilitätspakt einzuhalten. Das Verfehlen der vereinbarten Kriterien wird als weiteres Zeichen für die Krise in der EU gewertet und hat die Schweden sicher nicht davon überzeugt, dem Euro-Klub beizutreten.

### **Schweden und die GASP/ESVP**

Viele EU-Themen tauchen niemals in der politischen Debatte Schwedens auf. Zu diesen Themen gehört überraschenderweise die schwedische Beteiligung an der ESVP. Wenn man bedenkt, welchen Stellenwert die Sicherheitspolitik bei der Ablehnung eines Beitritts zur EG/EU bis in die neunziger Jahre hinein hatte und wie groß die mangelnde Unterstützung für einen NATO-Beitritt ist, beteiligt sich Schweden sehr aktiv an der GASP und auch an der ESVP. Bis jetzt galt das vor allem für zivile Einsätze. Die langjährige Erfahrung aus der Teilnahme an UN-Friedensmissionen wurde sowohl aus militärischer wie ziviler Perspektive als Aktivposten betrachtet. Die Schweden sehen in den meisten Fällen die Einsätze unter der Führung der EU als Fortführung und Ausdehnung der präventiven und friedenserhaltenden UN-Verpflichtungen, die Schweden seit mehr als fünfzig Jahren erfüllt. Die Opposition war eher schweigsam. Nur die Linkspartei und einige anti-militaristische Organisationen haben von Zeit zu Zeit die wachsende Verwicklung Schwedens in die ESVP kritisiert.

Von besonderer Bedeutung ist die Bereitschaft Schwedens, die Verantwortung für einen der neuen Gefechtsverbände zu übernehmen. Dies ist in der Bevölkerung auf große Unterstützung gestoßen und hat für wenig Gesprächsstoff gesorgt. Schweden wird 1.100 Offiziere und Soldaten bereitstellen, Finnland 200, Norwegen 150 und Estland 50. Dieses nördliche Profil hat wahrscheinlich das positive Image dieser Art EU-Aktivität in den Augen der Schweden gestärkt. Eine große Mehrheit der Schweden sieht dies als sinnvollen Einsatz militärischer Ressourcen im Bereich der Konfliktprävention und des Krisenmanagements an, sowohl innerhalb wie außerhalb Europas. Die Unterstützung für die Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ist doppelt so hoch wie die für den Beitritt zur NATO.

### **Wachsende Ungewissheit über den Wahlausgang**

Im Sommer 2005 hatte die Mitte-Rechts-Allianz ihren Vorsprung gegenüber den Sozialdemokraten und ihren Partnern von der Linksallianz und den Grünen ausgebaut. Im Frühsommer 2006 zeichnete sich ein weit engeres Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den beiden politischen Blöcken ab. Drei kleinere Parteien – die Feministische Partei, die Juniliste und die nationalistischen Schwedischen Demokraten – kämpften hart um einen möglichen Einzug ins schwedische Parlament. Ihre Chancen stehen eher schlecht, doch könnten sie Sitze auf der regionalen und lokalen Ebene gewinnen. Ein Regierungswechsel könnte ein positiveres und klareres Profil in der Europapolitik mit sich bringen, doch auch eine Mitte-Rechts-Regierung wird auf die nicht geringe Anzahl von EU-Skeptikern in ihren eigenen Reihen achten müssen. Eine Fortsetzung der gegenwärtigen sozialdemokratischen Minderheitsregierung scheint unwahrscheinlich, da sowohl die Grünen wie wahrscheinlich auch die Linkspartei Kabinettsposten in einer formalen Koalitionsregierung fordern werden – vorausgesetzt, sie haben nach den Wahlen zusammen mit den Sozialdemokraten die Mehrheit. Was dies für Konsequenzen für die schwedische EU-Politik hätte, ist unmöglich vorauszusagen. Doch es scheint wahrscheinlich, dass zumindest die Grünen für einen Kabinettsposten ihre anti-europäische Position opfern würden. Eine rot-grüne Regierung wäre ein Anzeichen für etwas Neues in der schwedischen Innenpolitik und vielleicht auch auf europäischer Ebene.

### **Weiterführende Literatur**

- Bailes, Alyson J. K. u.a. (Hrsg.): *The Nordic countries and the European Security and Defence Policy*, Oxford 2006.
- Breuss, Fritz: *Austria, Finland and Sweden after 10 years in the EU. Expected and achieved integration effects* (Working Papers/Europainstitut/No. 65), Wien 2005.
- Gebhard, Carmen: *Neutralität und europäische Integration. Österreich und Schweden im sicherheitspolitischen Vergleich* (Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie/9/2005), Wien 2005.
- Rockberger, Nicolaus: *Scandinavia and ESDP. Are the Nordic states holding back?*, Wien 2005.